

Quo vadis Karlstorbahnhof?

Das Kulturhaus soll erhalten werden, doch wie das gelingen kann, wissen die Stadträte noch nicht

ste. Es herrscht ein wenig Ratlosigkeit unter Heidelbergs Stadträten, wenn es um die Erweiterung des Karlstorbahnhofs geht. Der braucht dringend einen größeren Saal, doch die Kosten von mindestens sechs Millionen Euro, die die Stadt dafür zahlen müsste, sind weder im aktuellen Haushalt noch in den Planungen für 2015/16 enthalten (siehe RNZ von gestern). Nach der Sommerpause soll nun weiterdiskutiert werden.

„Ich glaube nicht, dass wir das der Wählerschaft vermitteln können“, meint etwa der CDU-Fraktionsvorsitzende Jan Gradel. Man müsse jetzt über andere Lösungen nachdenken und für Alternativen Zahlen auf den Tisch bekommen. In der Verwaltungsvorlage, die im Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis genommen

wurde, werden etwa die Herausnahme des Kinos oder sogar ein ganz neuer Standort für das sozio-kulturelle Zentrum genannt. Auch Gradels SPD-Amtskollegin Anke Schuster verweist auf den Sparkurs, den sich der Gemeinderat verordnet hat und der eine maximale Neuverschuldung von 20 Millionen Euro pro Jahr fest schreibt. „Wir verstehen den Karlstorbahnhof und wollen ihn erhalten, aber wir müssen für Reserven sorgen, die wir für die Entwicklung der Militärflächen brauchen“, sagt Schuster. Für ihre Fraktion hat die Wohnungsentwicklung in der Stadt Priorität. Außerdem steht für sie der hauptsächliche Nutzen des Umbaukonzepts – ein größerer Saal – in keinem Verhältnis zu den Gesamtkosten von 11,2 Millionen Euro. Sie fordert nun „kreative Lösungen“.

Annette Trabold führt die FDP-Fraktion und sitzt seit der Gründung im Beirat des Karlstorbahnhofs. Für sie ist die Stadt in der Pflicht, das Kulturhaus zu erhalten, und zwar so, „dass es gut läuft“. Auf keinen Fall dürfe man den Umbau auf die lange Bank schieben. Ihre Fraktion habe sich aber noch keine abschließende Meinung gebildet. So ist das auch bei den Grünen, die aber ebenfalls voll hinter dem Karlstorbahnhof stehen. Die Alternativen aus der Verwaltungsvorlage sind für Beate Deckwart-Boller keine. Statt dessen fordert sie ein Gesamtkonzept für die Kulturförderung. Ursula Lorenz (Freie Wähler) könnte sich „unter Schmerzen“ mit einer Verlegung des Kinos – eventuell auf die US-Flächen – anfreunden, wenn dadurch der Umbau des Hauses günstiger würde.